

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- den Untersuchungsgegenstand differenziert wahrnehmen und fachsprachlich korrekt beschreiben (A1)
- Analysefragen unter Verwendung von Fachkategorien strukturiert bearbeiten (A3)

Urteilskompetenz

- sich für eine Lösungsperspektive entscheiden (U4)
- Urteile anderer kriteriengeleitet überprüfen (U8)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Konjunkturanalyse und Konjunkturpolitik - Herausforderungen prozessorientierter Wirtschaftspolitik* (Q2.1), insbesondere auf das Stichwort *Grundlagen der keynesianischen stabilisierungspolitischen Konzeption (insbesondere Krisenanalyse, Bedeutung der effektiven Gesamtnachfrage, Rolle des Staates, Multiplikatoreffekt)*.

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Herausforderungen der Parteiendemokratie* (Q1.2), insbesondere auf die Stichworte *politische Parteien als klassische Möglichkeit der Partizipation (insbesondere Aufgaben und Funktionen von Parteien und Populismus)* und *alternative Formen politischer Beteiligung und Entscheidungsformen (insbesondere Volksentscheid)*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Kommentar „Mehr Staatsschulden wagen – aber auch mehr Steuern!“ aus der Onlineausgabe der Blätter für deutsche und internationale Politik vom September 2021 positioniert sich der Autor Rudolf Hickel pro Staatsschulden.

- Hickel konstatiert, dass die Staatsschulden gestiegen seien, dafür seien die Kosten der Coronakrise, die Auswirkungen der Schuldenbremse und die Flutkatastrophe verantwortlich.
- Gerade der Umgang mit der Schuldenbremse sei ein relevantes Thema beim Bundestagswahlkampf 2021. Hierbei gingen die Positionen der Parteien und auch der Ökonomen auseinander.
- Hickel setzt sich anschließend mit der Position des Ökonomen Stommel auseinander. Dieser fordere, dass in der Umweltkrise die Wirtschaft schrumpfen müsse und deshalb ein durch öffentliche Mittel geförderter Kapazitätsaufbau kontraproduktiv sei. In der Coronakrise sei diese Kreditfinanzierung, soweit damit die Rückkehr zu den Produktionskapazitäten vor der Corona-Pandemie unterstützt werde, jedoch zulässig. Dabei verweist er auf den Artikel 115 GG, der Ausnahmen von der Schuldenbremse erlaube.

- Hickel macht deutlich, dass jedoch die Programme zur Stärkung der Wirtschaft auch Investitionen zum ökologischen Umbau enthalten, als Beispiel führt er den Ausbau der Wasserstoff-Wirtschaft an. Dies sei eine strukturell gewollte Wirkung.
- Daraus schlussfolgert er, dass ein Teil der neuen Schulden auch für Zukunftsinvestitionen und damit dem Umbau zum nachhaltigen Wirtschaften dienen.
- Hickel stellt die Frage, warum Steuerfinanzierungen gegenüber Kreditaufnahmen volkswirtschaftlich vorteilhafter seien. Es gebe keine wirkliche Begründung des Verschuldungsverbots.
- Vielmehr vertritt Hickel die Position, dass gerade durch heutige Investitionen nachhaltiges Wirtschaften für zukünftige Generationen möglich sei. Er sieht es als ungerecht an, dies durch höhere Steuern für die gegenwärtige Bevölkerung zu finanzieren. Deshalb sei der zitierte Satz „wer Staat sagt, muss auch Steuern sagen“, falsch. Es würden durch den sinnhaften Einsatz von Staatsschulden bessere Lebens- und Produktionsverhältnisse vererbt.

Aufgabe 2

Die Aussagen von Hickel lassen sich der Grundkonzeption der Nachfragepolitik zuordnen. Zentrale Merkmale und Zielsetzungen der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik sollen näher erläutert werden:

- Die Nachfrageorientierung verlangt eine aktive Rolle des Staates. Um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und Wirtschaftswachstum zu erzielen, muss der Staat die fehlende private Nachfrage ausgleichen und übernehmen. Dies geschieht antizyklisch zum Konjunkturverlauf.
- Als Ersatznachfrager oder durch Subventionen versucht der Staat die Konjunktur zu beeinflussen und einen Multiplikator-Effekt zu erreichen.
- Der Staat nimmt dafür ein „deficit-spending“ in Kauf und verschuldet sich. Die Staatsschulden sollen in einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder abgebaut werden.

Der Autor argumentiert im Sinne der Nachfrageorientierung, wenn er

- auf das Programm zur Stärkung von Projekten zur sozial-ökologischen Transformation verweist,
- das Konjunkturprogramm von Scholz grundsätzlich gutheißt,
- die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten fordert, da dies der Konjunktur diene,
- auf die Notwendigkeit einer Anschubinvestition zur Belebung der Wirtschaft verweist, die mehr Steuereinnahmen generiere,
- das Anwachsen der Schulden auf die Coronakrise und den Wiederaufbaufonds zurückführt und sich generell für die Aufnahme von Staatsschulden ausspricht. Zwar verweist er auf die Schuldenbremse, die im Grundgesetz verankert wurde, jedoch Ausnahmen (Art. 115 GG) erlaube. Somit lehnt er den Satz, „wer Staat sagt, muss auch Steuern sagen“, ab.

Bei einzelnen Aussagen des Autors können auch Bezüge zur angebotsorientierten Wirtschaftspolitik hergestellt werden:

- So fordert er Investitionen, damit der ökologische Um- und Neubau von Produktionsanlagen gefördert werden kann.
- Zudem betont er die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen, die somit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern könnten.

Aufgabe 3

Das Spektrum der Möglichkeiten der politischen Teilhabe ist in der repräsentativen Demokratie sehr weitläufig. Es reicht von der Teilnahme an Wahlen, über die Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden und Vereinen, bis hin zu politischen Aktionen und E-Partizipation.

- Es soll die Teilnahme an allgemeinen Wahlen erläutert werden. Alle vier Jahre wird der Bundestag neu gewählt, auf Landesebene beträgt die Legislaturperiode fünf Jahre.
- In Artikel 38 GG sind die Wahlgrundsätze (allgemein, frei, gleich, geheim und unmittelbar) festgelegt.

Die Bedeutung von Wahlen kann mit folgenden Aspekten erläutert werden:

- Wahlen bilden die Grundlage einer Demokratie, da hierbei die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Inhaberinnen und Inhaber der Staatsgewalt sichtbar wird (Art. 20 Abs. 2 GG).
- Wahlen legitimieren die zentralen Bestandteile des politischen Systems, also die Zusammensetzung der Exekutive und Legislative.
- Sie sind die wichtigste Form der demokratischen Kontrolle.
- Wahlen entscheiden darüber, welche politischen Ziele und Themen sich im Ideenwettbewerb der Parteien durchsetzen.
- Über Wahlen wird die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Weitere politische Partizipationsmöglichkeiten bieten z.T. niederschwellige Angebote der politischen Teilhabe. Auch aufgrund der medialen Wirksamkeit haben auch diese Partizipationsformen Einfluss z.B. über das Agendasetting. Somit haben diese Partizipationsformen eine Bedeutung für den politischen Entscheidungsprozess.

Als zusätzliche politische Partizipationsmöglichkeiten können erläutert werden:

- Es besteht neben der Möglichkeit des Wählens auch die Mitarbeit oder Mitgliedschaft in einer Partei.
- Zudem kann man sich in Verbänden, NGOs und Vereinen engagieren.
- Als niederschwelliges Angebot ist auch die Teilnahme an Bürgerinitiativen oder sonstigen politisch aktiven Organisationen möglich.
- Außerdem gibt es die Möglichkeit, bei Bürgerbegehren mitzumachen.
- Des Weiteren gibt es die Möglichkeit der politischen Teilhabe bei einzelnen Protestbewegungen oder die Teilnahme an Demonstrationen.
- Zudem besteht die Möglichkeit über die Unterschrift von Petitionen politisch zu partizipieren. Dies kann auch in Form einer Online-Petition erfolgen.

Aufgabe 4

Anknüpfend an die Forderung Lindners nach einem Comeback der Angebotspolitik aufgrund der falschen Anreize und der Zielungenauigkeit der Nachfrageorientierung soll sich mit Vor- und Nachteilen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik auseinandergesetzt werden.

Dabei können auch die theoretischen Grundlagen der Angebotspolitik einbezogen werden. Das Say'sche Theorem beruht auf der Annahme, dass das Angebot selbst für optimale Bedingungen sorgt, um Nachfrage zu generieren. Unternehmen entscheiden auf der Grundlage ihrer Gewinn- bzw. Renditeerwartung über Investitionen und damit auch über die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Staat betreibt keine aktive Wirtschaftspolitik, sondern beschränkt sich auf Steuererleichterungen, den Abbau gesetzlicher Hemmnisse sowie eine Förderung des Wettbewerbs auch durch eine weitgehende Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

Als Argumente für die Angebotspolitik können z.B. folgende Punkte angeführt werden:

- Die staatlichen Eingriffe, die während der Bekämpfung der Coronapandemie vorgenommen wurden, sollen rückgebaut werden, da der Staat nicht der bessere Unternehmer ist.
- Auch aufgrund der Pandemie sind zahlreiche Unternehmen von einer Insolvenz bedroht; zwar hat der Staat helfend eingegriffen, jedoch sind die staatlichen Maßnahmen nicht so treffsicher, denn nach dem Say'schen Theorem schafft sich das Angebot seine Nachfrage, sodass die Unternehmen am besten wissen, was wie benötigt wird.
- Die Inflationsrate überschreitet im 2. Quartal 2022 die 7%-Hürde, sodass die Gefahr der Stagflation besteht. Dies zeigt, dass die bisherigen nachfrageorientierten Maßnahmen nicht ausreichend bzw. treffsicher genug sind, um eine Preissteigerung zu verhindern.
- Die Wirtschaft muss sich aufgrund der Pandemie neu aufstellen, sie muss flexibler werden. Staatseingriffe behindern genau diesen Transformationsprozess. Durch den liberalen Markt soll somit Raum für Innovationen geschaffen werden.
- Bürokratische Hürden wie lange Genehmigungsverfahren müssen abgebaut werden. Somit signalisiert man anderen Unternehmen, dass sich der Standort Deutschland fit für die Zukunft macht. (Effizienz)

- Die Unternehmensbesteuerung muss gesenkt werden, da die Steuerlast deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegt. Somit bleiben die Unternehmer konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Damit einher geht die Forderung nach einer Reduzierung der Lohnnebenkosten.
- Der Welthandel muss generell liberalisiert, die Freihandelsabkommen ausgebaut und Handelshemmnisse abgebaut werden, davon profitiert Deutschland als exportstarkes Land.

Als Argumente gegen die Angebotspolitik können z.B. folgende Punkte angeführt werden:

- Die nachfrageorientierten Maßnahmen aus dem Corona-Hilfspaket waren und sind erfolgreich. Die Haushalte sind entlastet worden, z.B. haben die Kinderboni die Binnennachfrage gestützt und einen stärkeren Rückgang des BIP verhindert.
- Das Kurzarbeitergeld hat die Nachfrage stabilisiert und soziale Verwerfungen verhindert.
- Die Deregulierung und die Privatisierung führen nicht zwangsläufig zu einer Stärkung der Angebotsseite, sondern können besonders die Arbeitnehmerseite schwächen, indem Sozialstandards aufgeweicht und Arbeitnehmerrechte abgeschwächt werden.
- Die Gefahr des Wettlaufes um die niedrigsten Standards (race to the bottom) besteht.
- Außerdem ist nicht gewährleistet, dass durch Steuererleichterung für die Unternehmen diese tatsächlich mehr an ihren Standorten in Deutschland investieren.
- Durch Kürzungen im Bereich der Sozialpolitik könnten die sozial Schwachen weiter abgehängt werden.
- Die Maßnahmen der Bundesregierung bestehen aus einem Policy-Mix, sodass auch die Angebotsseite momentan berücksichtigt wird. Daher gibt es keine Notwendigkeit für eine Forderung nach einem Comeback der Angebotsseite zu sprechen.

Die Auseinandersetzung soll zu einer schlüssig begründeten Bewertung führen. Hierbei können auch Kategorien zur politischen Urteilsbildung mit einfließen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Grundzügen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- ansatzweise die Position des Autors der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zugeordnet und diese erläutert wird,

Aufgabe 3

- die Bedeutung von Wahlen und weiterer politischer Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland in Ansätzen erläutert werden,

Aufgabe 4

- sich mit Lindners Forderung nach einer stärkeren Angebotsorientierung der Wirtschaftspolitik in Grundzügen auseinandergesetzt wird und eine Bewertung ansatzweise erkennbar ist.

Eine Leistung ist mit **„gut“ (11 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert und verständlich zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Position des Autors fundiert der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik zugeordnet und diese erläutert wird,

Aufgabe 3

- die Bedeutung von Wahlen und weiterer politischer Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland umfassend erläutert werden,

Aufgabe 4

- sich mit Lindners Forderung nach einer stärkeren Angebotsorientierung der Wirtschaftspolitik umfassend auseinandergesetzt wird und eine begründete Bewertung deutlich erkennbar ist.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	20			20
2	5	20		25
3	5	20		25
4		5	25	30
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.

IV Quellen

Zitat bei Aufgabe 4 entnommen aus:

Christian Lindner: Für ein Comeback der Angebotspolitik, 11.06.2021, in: URL: <https://www.christian-lindner.de/gastbeitraege/fur-ein-comeback-der-angebotspolitik/> (abgerufen am 03.02.2022).